

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachgelagerte: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juni 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung von 1,50 Mark. Postbezugspreis für Monat Juni 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einpaltige 30 mm breite Seite 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Kleingewerbe ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Obergrenze 10 Pf. Ausw. Zustrebe wegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 13/14. Druck u. Verlag von Siegel & Reichardt in Dresden. Pollich-Konto 1066 Dresden.

Nachdruck nur mit beizulieferender Quellenangabe. 'Dresdner Nachr.' zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht angenommen.

Der Streit um Lloyd George.

Spaltung der liberalen Fraktion wahrscheinlich. — Morgen die entscheidenden Sitzungen.

Ein Triumvirat Pilsudski-Moscicki-Bartel? — Spanien will Abd el Krim vor ein Kriegsgericht stellen.

Asquith gegen Lloyd George.

London, 2. Juni. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht naturgemäß die neueste Entwicklung im Kampfe zwischen Lord Oxford (Asquith) und Lloyd George. Die erste Klärung der verworrenen Lage wird morgen erwartet, wo die parlamentarische liberale Partei auf Veranstaltung der Freunde Lloyd Georges eine Sonder-Sitzung abhalten wird. Die einzelnen Mitglieder werden Gelegenheit zur persönlichen Stellungnahme erhalten. Morgen soll auch eine Sonder-Sitzung der national-liberalen Föderation abgehalten werden.

Was die parlamentarische Partei betrifft, so erscheint eine Spaltung in zwei Gruppen als sicher.

Lloyd George lehnte es gestern abend ab, sich zur Lage zu äußern. Der Führer der liberalen Oberhandpartei, Lord Beauchamp, unterzeichnete die Sympathiefundation der 12 liberalen Führer für Lord Oxford nicht mit.

Die 'Westminster Gazette' betont, daß die Männer, die hinter Lord Oxford ständen, niemals in ihrer Treue zu den liberalen Grundfragen schwankten, während Lloyd George als Chef der Koalitionsregierung versuchte, die Partei zugrunde zu richten. Das Sprachrohr Lloyd Georges, 'Daily Chronicle' sagt, es sei schwer, über die erstaunlichen Briefe Lord Oxfords mit Rücksicht zu sprechen. Er habe es für angebracht gehalten, den größten lebenden Liberalen, dessen dem Lande geleisteten Dienste unvergessen seien, aus der liberalen Partei zu stoßen. Der parlamentarische Berichterstatter des Reuterschen Bureau erklärt, daß der Ton des Briefwechsels im Zusammenhang mit der Angelegenheit Lord Georges herart sei, daß die Einberufung einer liberalen Fraktionssitzung, in der Lloyd George um den Rücktritt von seinem Posten als Vorsitzender erlucht werden soll, für unvermeidlich gehalten werde. Dem Korrespondenten zufolge gilt der Rücktritt Lloyd Georges für feststehend. Allerdings steht es außer Frage, daß er nicht ohne beständigen Kampf von seinem Posten weichen werde. (W. T. W.)

Eine politische Amnestie beantragt.

London, 2. Juni. Runciman und andere Mitglieder der radikalen Gruppe der liberalen Unterhandlungsfraktion beantragten im Unterhaus eine baldige Amnestie für politische Verbrechen anlässlich des Generalstreiks, ferner die Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Art, in der die Notzeitung der Regierung, die 'British Gazette', geleitet worden ist, und Bekämpfung von Vorfällen der Regierung zur Beilegung des Kohlenstreiks. (W. T. W.)

Höpker-Utschoff über die Fürstenfrage.

Eine Sturmstimmung im Berliner Landtag. — Der Finanzminister verteidigt sich.

Berlin, 2. Juni. Der Preussische Landtag überweist den Besetzungsmuß auf Bewilligung weiterer 22 882 000 Mark für die Vollendung des Mittel-Landkanals an den Hauptausführenden. Nach einigen weiteren Verweilungen an Ausschüsse wurde in die zweite Beratung des Etats des Finanzministeriums eingetreten. Der Hauptausführend hat rund 1,5 Millionen gestrichen und empfiehlt Verbilligung der Verwaltung. Herr Höpker (D.M.) griff den Finanzminister wegen seiner Haltung in der Auseinandersetzung mit den Fürsten an und machte ihm zum Vorwurf, daß er seine besondere Kenntnis, die ihm von Amts wegen zugesprochen sei, lediglich gegen die Fürsten verwende.

Finanzminister Dr. Höpker-Utschoff

ermwiderte, daß der Streit über das Eigentum zwischen Staat und Krone über hundert Jahre alt sei. Der König habe hier früher wiederholt Eingriffe zugunsten der Krone gemacht. Der Streit wäre nicht entstanden, wenn man sich immer strikte an das allgemeine Landrecht gehalten hätte. (Zwischenrufe bei den Deutschnationalen.)

Bei dem Vergleich war es unmöglich, den Rechtsstandpunkt des preussischen Staates ganz durchzusetzen. Nachdem nun der Reichsgesetzgeber eingegriffen hat, haben wir Gelegenheit genommen, zu versuchen, unseren Rechtsstandpunkt durchzusetzen. (Fortgesetzter großer Lärm bei den Deutschnationalen und Ruhe bei den Kommunisten: Ruhe im Audienzsaal!) Ich habe mich bemüht, der Reichsgesetzgebung eine Lösung zu geben, die den preussischen Rechtsstandpunkt zur Geltung brachte, so wie er 1922 niedergelegt wurde. (Mit erheblicher Stimme): Wenn ich anders gehandelt hätte, würde ich einfach meine Pflicht als preussischer Staatsminister verletzt haben. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Ich persönlich würde den Volksentscheid nicht bezweifeln. (Hört, hört! links.) Ich habe in meinen Reden im Lande dargelegt, daß ich mir Mühe gegeben habe, den Volksentscheid zu vermeiden und eine gerechte Lösung herbeizuführen. (Erneute hört, hört! links und Ruhe bei den Kommunisten: Höpker-Utschoff, der Monarchist!) Alles dies geschah aus dem Bestreben heraus, eine Entscheidung des Reichstages durch ein ordentliches Reichsgesetz in dieser Frage

London, 2. Juni. Eine neue Notstandsverordnung der Regierung erteilt dem Minister des Innern die Vollmacht, die Einfuhr von Geld aus dem Ausland zu verhindern. Der politische Korrespondent des 'Daily Chronicle' spricht die Vermutung aus, daß sich diese Verordnung auf russische Unterstützungsgelder für englische Bergleute bezieht. (W. T. W.)

Englische Sorgen um Ägypten.

Unabhängigkeitsbestrebungen Zaglul Paschas?

London, 2. Juni. Die englische Presse beschäftigt sich eingehend mit der Lage in Ägypten und zeigt sich über die letzten Vorgänge äußerst besorgt. Mit der Haltung Zaglul Paschas ist man sehr unzufrieden und befürchtet weitere Schwierigkeiten, da Zaglul Pascha nicht gewillt ist, auf die Kabinettsbildung zu verzichten. Man glaubt, daß er sich für sein Kabinett Mitarbeiter wählen werde, deren politische Vergangenheit und englandfeindliche Einstellung das größte Mißtrauen in England hervorrufen müßte. In englischen Kreisen rechnet man damit, daß Zaglul Pascha die völlige Unabhängigkeit Ägyptens zu erreichen versuche und den englisch-ägyptischen Vertrag vom Jahre 1919 nicht anerkennen werde. Das englische Kabinett hat sich bereits mehrmals in längeren Sitzungen mit der ägyptischen Frage beschäftigt und dem Oberkommissar die nötigen Weisungen erteilt. In englischen politischen Kreisen rechnet man damit, daß die Regierung entschlossen sei, alles zu tun, was zur Stützung der englischen Interessen in Ägypten notwendig sei. (T. W.)

Eine Militärrregierung in Portugal gebildet?

Widersprechende Meldungen aus Lissabon und Coimbra. (Durch Funkfunk.)

Paris, 2. Juni. Havas meldet aus Lissabon: General Gomes Costa hat allen Divisionskommandeuren mitgeteilt. Major Cabecadas, der von dem bisherigen Präsidenten der Republik als für die Bildung der Regierung geeignet bezeichnet worden sei, verdiene nicht das Vertrauen des Volkes. Es gelte jetzt, aus der gegenwärtigen Revolution die Folgerungen zu ziehen.

Dagegen meldet Havas aus Coimbra: Nach einer Besprechung zwischen Cabecadas und General Gomes Costa ist eine provisorische Regierung gebildet worden. Das Kriegs-, das Kolonial-, und das Ackerbauministerium ist General Costa, das Marine-, das Finanz- und das Justizministerium Major Cabecadas, und das Innen-, Außen- und Handelsministerium Major D'Alva anvertraut worden. (W. T. W.)

Wir und die Vereinigten Staaten von Amerika.

Von Dr. H. P. Falcke, deutschem Gesandten a. D.

Unter der Überschrift 'Amerika und wir' veröffentlicht die 'Dresdner Nachrichten' vom 22. Mai einen Artikel des Herrn Oberst a. D. G. Richter, der auf meine Ausführungen über Amerikas Kriegsgründe hinweist. Die Tendenz dieses gehaltvollen Essays deckt sich im wesentlichen mit den von mir seit Jahren vertretenen Ansichten, insbesondere meine auch ich, daß wir um eine klare Auseinandersetzung über die Gründe der amerikanischen Haltung und gegenüber nicht herumkommen und uns, wo es nötig ist, dazu entschließen müssen, etwaige Fehltritte im Interesse der völligen Vereinigung unseres gegenseitigen Verhältnisses offen zuzugeben.

Was die behaupteten 'feindlichen und ungeschlichen Handlungen der deutschen Regierung gegen die Regierung der Vereinigten Staaten und deren Bevölkerung' betrifft, so habe ich angeführt, daß der vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses diesem am 5. April 1917 zur Beantwortung der Kriegsresolution gegen die Kaiserlich Deutsche Regierung erstattete Bericht außer einer Darstellung des Unterseeboottkrieges hauptsächlich die 21 Fälle umfassende Liste 'unzulässiger Handlungen deutscher Beamten in den Vereinigten Staaten' mit folgender Einleitung enthält: 'Zeit Beginn des Krieges haben deutsche Beamte hieszulande unter Verletzung der Uniongesetze wie ihrer Pflichten als Angestellte auf neutralem Gebiet zahlreiche unzulässige (improper) Handlungen begangen; der deutsche Botschafter Graf Bernstorff, der Militärattaché v. Paven und der Marineattaché von Ed der Botschaft sowie verschiedene konsularische und sonstige Beamte waren an diesen weitverbreiteten Unternehmungen beteiligt.'

Herr Oberst Richter sagt zu diesem Punkte, daß ich es vermieden habe, auf die gegen uns angeführten Einzelfälle einzugehen; er wird mir aber wohl darin zustimmen, daß auch nur eine zusammenfassende Wiedergabe der im Bericht des Repräsentantenhauses fixierten 21 Fälle im Rahmen eines Zeitungsartikels ebenso unmöglich sein würde wie in dem eines Vortrages. Ich muß mich daher hier auf den Hinweis darauf beschränken, daß der Wortlaut des bezeichneten parlamentarischen Berichtes in allen deutschen Bibliotheken, die die Washingtoner Kongressdokumente erhalten, ebenso zu finden ist, wie die sehr eingehenden Debatten darüber. In Dresden kann jeder Besucher der Landesbibliothek dieses hochinteressante Material im Congressional Record, Vol. 55, Part 1, insbes. S. 320 ff. studieren. Außerdem enthalten die schönen Souterrainräume des japanischen Palais auch die dicken Bände mit den Protokollen der öffentlichen Verhandlungen des amerikanischen Senatsauschusses über die deutsche Propaganda 108. Cong., 1. Sess., Senate Doc. 62, wo auf S. 1597 ff. die eiblichen Aussagen des Beauftragten des Generalstaatsanwalts der Vereinigten Staaten über einige 20 Verleumdungen der in Rede stehenden Art, die bis Ende 1918 zu strafrechtlichen Verurteilungen geführt hatten, abgedruckt sind. — Daß das ganze heisse Thema deutscher Sabotageakte in den Vereinigten Staaten während der ersten Kriegsjahre jetzt infolge sehr hoher Entschädigungsansprüche wieder aufgerollt wird, die die amerikanische Regierung durch den deutsch-amerikanischen Schadenersatzauschuss gegen die Deutsche Regierung geltend macht, darf nach den kürzlichen Veröffentlichungen der hiesigen Presse als bekannt angesehen werden.

Um indessen der Anregung des Herrn Oberst Richter soweit als möglich zu entsprechen, möchte ich im folgenden wenigstens einen der in Betracht kommenden Fälle streifen. Mit Rücksicht auf die dieser Tage auch in Dresden publizierte Nachricht, daß der Antrag des früheren Marineattachés von Ed auf Erteilung der Genehmigung zur Einreise in die Vereinigten Staaten wegen seines 'Mißbrauchs der diplomatischen Immunität' abgelehnt worden ist, wolle ich zu diesem Zwecke die verhältnismäßig einfache Affäre der Paderträger Stegler und Genossen, die nach den 'Erinnerungen' des Grafen Bernstorff einen der Gründe für das Ende 1915 von der Regierung der Vereinigten Staaten mehrfach gestellte Erfordernis sofortiger Abberufung des Marineattachés gebildet hat.

Die ersten Mitteilungen des für deutschfreundlich geltenden 'N. Y. American' vom 25. Februar 1915 waren mit 'Enthüllungen' gefüllt, in denen der deutsche 'Marinereservist' Stegler über die Absicht seiner Entsendung als Spion nach England und die Vereitelung dieses Planes durch seine amerikanische Ehefrau berichtet. Gleichzeitig wurde unter Beifügung großer Abbildungen des Steglerischen Ehepaares und des Kapitäns von Ed sowie von Familien der Briefe des letzteren an Stegler dessen Festnahme wegen Paskwindels erzählt. — Als Kern der sensationell aufgemachten Geschichte, die durch eine der jungen Frau Stegler von zwei Reportern einer deutschamerikanischen Zeitung gestellte Frage eine widerliche Ergänzung gefunden hat, erscheint bei tünlicher Heranziehung der Wiedergabe des Vorgesanges in den 'Erörterungen' des Kapitäns von Ed folgendes: Der nach Kriegsausbruch heillos gewordene Stegler hatte den Marineattaché um Hilfe gebeten, 'Seine

(Bei Schluß des Vortrags dankt die Verhandlung fort.)

Wien, 2. Juni. Der Nationalrat nahm am Schluß seiner Plenarsitzung das zweite Zusatzabkommen zum österr.-deutschem Wirtschaftsabkommen an.